

Der Briefetal-Bote erscheint
Dienstag, Donnerstag, Sonn-
abend und Sonntag. Der
Bezugspreis beträgt monat-
lich 1,20 RM. zuzüglich Bestell-
gebühr. Die einzelne Nummer
kostet 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Ge-
schäftsstelle Birkenwerder,
Bahnhofs-Allee 5 und von
allen Anzeigen-Expeditionen
angenommen. Die neugepal-
tete Beilage kostet 25 Pfennig,
die Restbeilage 1 RM.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen
Neuendorf, Borgsdorf,
Briese, Lehnitz, Stolpe
Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005



für Bergfelde, Schönfließ
Frohna, Summt
und Umgegend
Telegr.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Amtsblatt für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ.

Nr. 169 Fernsprecher Amt Birkenwerder 2006 Sonntag, den 26. Oktober 1930 Postfachkonto Berlin 62 448 29. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.
Ein Soglusch als gefunden gemeldet.
Birkenwerder, den 25. Oktober 1930.
Der Amtsvorsteher. Blank.

Dampfer „Baden“ in Rio beschossen! Ein Warnungsschuss? — 18 Tote und Verletzte.

In Hafen von Rio de Janeiro wurde von Revolutionären der
jenische Dampfer „Baden“, der von Hamburg nach Buenos Aires
unterwegs ist, beschossen. Mehrere Granaten, die von dem Port
Comandante, das die Revolutionäre besetzt hielten, auf das Schiff,
das den Hafen verlassen wollte, abgefeuert wurden, haben achtzehn
Personen an Bord des Dampfers getötet oder verletzt. Die meisten
der Opfer sind spanische Einwanderer, die nach Argentinien reisten.

Der Umsturz in Brasilien

Präsident Luiz festgenommen — Plünderungen in Rio
Newport, 24. Oktober.

Aus Porto Alegre verläuft, der Chef des Stabes der
aufständischen Befehle, daß die Truppen in Rio de Janeiro
unter dem Generalen Danonogue, Celis, Castro, und Pascho-
ragofo, sowie die Marine unter dem Befehl von Admiral
Korona sich ihrerseits ergeben und den Aufständischen an-
geschließen hätten. Präsident Washington Luiz ist ebenso wie
Vizepräsident Melo Biana verhaftet worden. Gegen Sena-
tor Azevedo ist ein Anschlag verübt worden. Er wurde
durch Steinwürfe schwer verletzt.

Die Bewegung, die mit dem Sturz der Regierung Luiz
anderte, machte sich in Rio in den frühen Morgenstunden
bemerkbar. Um 10 Uhr vormittags drang die Menge in
die Straßen der Unterstadt ein. In den Mittagstunden
brach an verschiedenen Stellen der Unterstadt Feuer aus.
Fünf Zeitungsgebäude einer Agentur, die die Regierung
Luiz unterstützte hatte, wurden angegriffen und in Brand
gesteckt. Infolge mangelnden Wasserdrucks war die Feuer-
wehr nahezu hilflos. Mehrere Brände wurden in der Nach-
barschaft des Volkenskraters angelegt, in dem das amerika-
nische Generalkonsulat seinen Sitz hat. Die Menge hatte
keine Hand, sie plünderte u. a. Waffen- und Juwelierläden.
Mit roten Fahnen zog eine Gruppe von Liberalen, ohne von
der Polizei behindert zu werden, durch die Straßen, jeder
sonstige Verkehr hatte aufgehört.

Die Heeres- und Marineoffiziere, die seit dem Rücktritt
des Präsidenten Luiz die politische Lage in der Hauptstadt
beherrschten, veröffentlichten eine Kundgebung an das brasilianische
Volk, in der sie sowohl die Anhänger der Regierung
wie diejenigen der Aufständischen bitten, die Bewegung
zugunsten des Friedens zu unterstützen und die
Truppen beider Parteien erluchen, die Feindseligkeiten zu
beenden.

Nach einer Meldung aus Sao Paulo wurde der Regie-
rungspalast der Stadt, die bisher als Bollwerk der Regie-
rung Luiz galt, von den Aufständischen mit Geschützfeuer
besetzt. Nach einflüchtiger Beschießung wurde auf dem Regie-
rungsgebäude die weiße Flagge gehißt.

Die Beschießung des Regierungsgebäudes führte in der
Stadt zu einer Panik. Bei den ersten Schüssen stob die
Menge auseinander und suchte, sich in Sicherheit zu bringen.
Die Geschäftshäuser ließen die eisernen Rolltüren herunter.
Die Straßenbahn stellte den Betrieb ein. Eine Schießerei
im Mittelpunkt der Stadt hatte mehr demonstrationen Char-
akter und war von kurzer Dauer. Die Einwohner begaben
sich, als die Gefahr vorbei war, wieder auf die Straße und
beirathen aufgeregt die Ereignisse.

Der Sturz der brasilianischen Bundesregierung hat im
amerikanischen Staatsdepartement große Be-
stürzung erregt. An die amerikanische Botschaft in Rio
de Janeiro, die noch zwei Stunden vorher gedrahtet hatte,
daß alles ruhig sei und nichts von einem Rücktritt des Prä-
sidenten berichtet hatte, wurde eine telegraphische Anfrage
gerichtet. Mangels einer amtlichen Bestätigung der Mel-
dungen lehnte der Staatssekretär jegliche Stellungnahme ab.

Finanzminister im Streit getötet

Munition, 24. Oktober.

Dr. Anala, ehemaliger Staatspräsident und heutiger
Finanzminister Paraguays, wurde im Verlauf eines Strei-
tes mit einem Beamten der Landwirtschaftlichen Bank töd-
lich verletzt. Es gelang ihm noch, seinen Gegner zu töten,
bevor er selbst seinen Wunden erlag. Der Streit soll persön-
liche Motive gehabt haben.

Bereits 262 Tote in Alsadorf

Alsadorf, 25. Oktober.

Das schreckliche Grubenunglück fordert immer noch
Opfer. Im Laufe des Freitags sind im Frankenhäus drei
Knappen ihren Verletzungen erlegen, so daß die Zahl der
Toten bereits auf 262 gestiegen ist. Man fürchtet, daß auch
damit die furchtbare Liste der Opfer noch nicht abge-
schlossen ist.

Breuchliches Rezept

40-Stundenwoche. — Ein Berufsjahrgang. — Keine aus-
ländischen Landarbeiter. — Umfassende Meliorationen.

Das preussische Staatsministerium hat sich in seiner
letzten Sitzung mit einer Reihe von Vorschlägen zur Be-
stärkung der steigenden Arbeitslosigkeit in Deutschland be-
schäftigt, die vom preussischen Handelsminister Dr. Schrei-
ber und vom preussischen Landwirtschaftsminister Dr. Stei-
ger ausgearbeitet worden sind.

Wie es in einer Verlautbarung von zuständiger preu-
ßischer Seite heißt, will man mit diesen Vorschlägen
eine Besserung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt
in naher Zeit herbeiführen,

da die von der Reichsregierung erstrebte Senkung des
deutschen Preisniveaus zur Entlastung der deutschen Wirt-
schaft und des deutschen Arbeitsmarktes eine Besserung erst
allmählich und in gerauer Zeit herbeiführen können. Die
Vorschläge des preussischen Staatsministeriums an die
Reichsregierung knüpfen einmal an, an Forderungen der Rati-
onalsozialisten auf Einführung eines Arbeits-
dienstjahres und schließlich an Forderungen verschiede-
ner Parteien zur Sperrung der deutschen Grenze gegen
die Ueberflutung mit ausländischen
Landarbeitern.

Die preussische Staatsregierung empfiehlt der Reichs-
regierung die Prüfung der Frage, ob nicht auf dem
einen oder anderen Wirtschaftsgebiet eine vorüber-
gehende Herabsetzung der Arbeitszeit
zur Ermöglichung von Neueinstellungen ohne Schädi-
gung gesamtwirtschaftlicher Interessen möglich sei.

Ferner sollte durch Gesetz eine Regelung getroffen werden,
daß bis auf weiteres alle Betriebe, die zu einer Einschrän-
kung ihrer Arbeit gezwungen sind, solange keine Ver-
minderung ihrer Belegschaft vornehmen dürfen,
als die von der Arbeitseinschränkung betroffene Beleg-
schaftsgruppe bei einer Verminderung der Arbeitszeit noch
mindestens 40 Wochenstunden oder 5 Tagesstunden Beschäfti-
gung finden kann. Mit einer solchen Maßnahme würde
die weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit nach Auffassung
der preussischen Staatsregierung nicht unwesentlich ge-
hemmt. Dem Vorschlag nach Einführung eines all-
gemeinen Arbeitsdienstjahres für Jugendliche glaubt die preussische Staatsregierung am
zweckmäßigsten damit Rechnung zu tragen, wenn
sie durch vorübergehende Verlängerung der Schulpflicht
um ein weiteres Jahr die etwa 250 000 Ostern 1931
zur Entlassung kommenden Bierzehnjährigen vom Ar-
beitsmarkt fernhält.

Dieses weitere Schuljahr soll ausschließlich der Vorberei-
tung der Jugendlichen auf ihren künftigen Beruf gewidmet
sein. Für die Landwirtschaft soll dieses 9. Schuljahr in
Wesfall kommen, sofern die schulentlassene Jugend in der
Landwirtschaft selbst Verwendung findet. Die hierdurch ent-
stehenden Kosten sollen nach dem Vorschlag der preussischen
Regierung aus den Ertragssteuern bestritten werden, die bei
der Arbeitslosenunterstützung bei Durchführung dieser
Maßnahmen gemacht würden.

An dritter Stelle schlägt Preußen vor, im nächsten Jahr
keinerlei ausländische Wanderarbeiter (sogenannte
Sachhengänger) für die deutsche Landwirtschaft zuzu-
lassen.

Preußen berechnet die Zahl der dadurch für deutsche Ar-
beiter frei werdenden Arbeitsplätze auf mindestens 100 000.
Die vielfach in der Landwirtschaft geäußerten Bedenken,
daß sich nicht genügend geeignetes Arbeitsmaterial aus dem
Heer der deutschen Arbeitslosen für die Landwirtschaft fin-
den würde, glaubt die preussische Regierung mit dem Hin-
weis darauf zerstreuen zu können, daß die Feststellungen
der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung das Gegenteil er-
geben hätten.

Schließlich ist vom preussischen Landwirtschaftsminister
ein umfassendes Meliorationsprogramm ausgearbeitet
worden, daß für die übrigen Landessteile etwa 310
Millionen Mark vorlieht.

Das Programm soll auf drei Jahre verteilt werden und
sich auf die Entwässerung von Aedern, Wiesen und Weiden,
auf die Erschließung von rund 3,3 Millionen Hektar hoch-
und Niedrigwassermooren und auf die ertragreichere Gestal-
tung von rund 2 Millionen Hektar Grundlandwirtschaft er-
strecken. Die Errechnungen des preussischen Landwirtschafts-
ministers kommen zu dem Schluß, daß bei Durchführung
dieses Programms rund 78 000 Arbeiter mit etwa 94,5 Mil-
lionen Mark jährlich beschäftigt werden könnten.

Der Wochenanweis der Bank von Frankreich für die
Zeit vom 10. bis 17. Oktober weist einen Goldbestand von
50 567 354 167 Franken auf, das sind 1 119 323 230 Franken
mehr als in der Vorwoche. In Prozenten ausgedrückt be-
trägt die Goldbedeckung 54,14 Prozent gegenüber 53,54 Pro-
zent in der Vorwoche. Die gesetzlich vorgeschriebene Gold-
bedeckung beträgt 35 Prozent.

Verabschiedung des Haushaltsplanes

Herabsetzung der Ministergehälter

Berlin, 25. Oktober.

In der Kabinettsitzung am Freitag verabschiedete das
Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichsanstalters den
Reichshaushaltsplan für 1931. In diesem Zusammenhang
faßten die Reichsminister den Beschluß, nicht erst eine gesetz-
liche Herabsetzung ihrer Bezüge abzuwarten, sondern bereits
am 1. November auf 20 Prozent ihrer Gehaltsbezüge zu ver-
zichten.

Ueber die Etatsziffern verläuft, daß die 10-Milliarden-
Grenze diesmal nicht überschritten werden soll. Die Schwie-
rigkeiten mit den einzelnen Ressorts, die natürlich auf keine
ihrer Anforderungen verzichten wollen, sind noch nicht restlos
beseitigt, man weiß also noch nicht, wie hoch die Einsparun-
gen gegenüber dem Vorjahr sein werden. Es wird von 150
bis 300 Millionen geteilt.

Die über Erwarten schnelle Fertigstellung des neuen
Haushaltsplanes ist nur dadurch möglich geworden, daß der
Reichstag den als Vorordnung erlassenen Etat für 1930
in seiner letzten Sitzung noch ohne weiteres bestätigt hat. Da
der Reichsanstaltler mit den einzelnen Ländern die Finanzlagen
genau besprochen hat oder noch bespricht, so ist zu erwarten,
daß auch die Verabschiedung des neuen Etats wenigstens
im Reichsrat keine Schwierigkeiten bereiten wird. Auch
dem Etat sind allerdings noch die Deckungsanlagen vorzu-
bereiten.

Am Anstich an die Verabschiedung des Reichshaushalts-
planes 1931 wird das Reichskabinett in der näch-
sten Woche die weiteren mit dem Wirtschafts- und
Finanzplan zusammenhängenden Vorlagen verabschieden.
Nach Vorbesprechungen mit den Länderregierungen über
diese Vorlagen ist als Beginn der Beratungen des Reichs-
rates über den Wirtschafts- und Finanzplan der Reichs-
regierung in der Kabinettsitzung Dienstag, der 4. Novem-
ber, in Aussicht genommen worden. Das Reichskabinett
trat schließlich auf Grund eines Vortrages des Reichsmini-
sters Schiele in eine eingehende Erörterung der zur
Widerung der landwirtschaftlichen Notlage erforderlichen Maß-
nahmen ein. Diese Beratungen werden noch am Sonn-
abend zum Abschluß gebracht.

Severings Amtsantritt

Berlin, 25. Oktober

Am Freitag übernahm der neue preussische Minister des
Innern Dr. Severing die Amtsgeschäfte. In Gegenwart des
leitenden Beamten des preussischen Innenministeriums be-
grüßte Staatssekretär Dr. Abegg den Minister. Minister
Severing dankte und erklärte u. a., daß er im Augenblick
seiner Amtübernahme keine längeren programmatischen
Ausführungen zu machen gedenke. Aufrechterhal-
tung der Sicherheit und Ordnung in Preu-
ßen und Durchführung äußerster Sparsamkeit,
sowie die Aufgaben, die er sich vor allem setze. Mit warmen
Worten der Anerkennung und des Dankes gedachte der Mi-
nister Severing dann des Wirtens seines Amtsvorgängers
Staatsministers a. D. Prof. Dr. Wenting.

In der Freitagssitzung des preussischen Staatsministeri-
ums fand die Vereidigung des neuernannten preussischen
Innenministers Severing durch den Ministerpräsidenten
Braun statt. Gleichzeitig wurde durch Kabinettsbeschluß
Staatsminister Severing zum Bevollmächtigten des Reichs-
rats ernannt.

Er Sie Es



spart bei der

Kreis-Sparkasse des Kreises Niederbarnim
und deren Nebenkassen bezw. Nebenstellen.